

Ruhrwirtschaft

112. Konjunkturbericht | Jahresbeginn 2024

Unzufriedenheit steigt – Politische Impulse fehlen

Steigende Kosten, fehlende Fachkräfte und überbordende Bürokratie belasten die Ruhrwirtschaft. Impulse für Wege aus Rezession fehlen. Die Unternehmen blicken pessimistisch wie lange nicht mehr auf das laufende Jahr. Das sind die zentralen Ergebnisse des 112. Ruhrlageberichtes. Einhergehend mit hohen Energiekosten und einer anhaltend hohen Inflation, steigt die Unzufriedenheit der Betriebe über die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Wirt-

schaft. Dringend notwendige Investitionen und Innovationen werden immer häufiger aufgeschoben. Die Konjunkturumfrage von fünf IHKs im Ruhrgebiet stützt sich auf den Antworten von 850 Unternehmen mit rund 165.000 Beschäftigten.

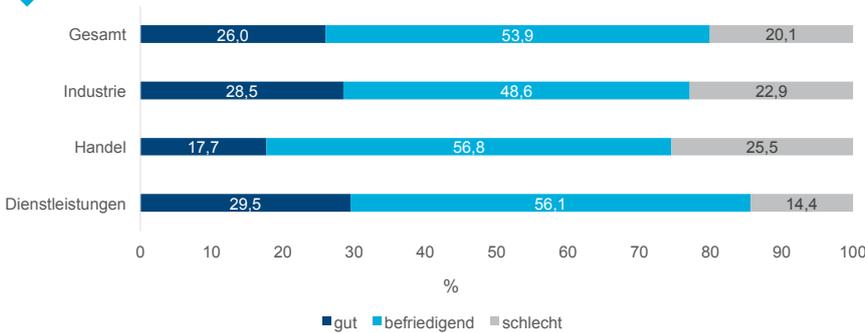
Der Umfrage zufolge ist der IHK-Konjunkturklimaindikator, Gradmesser für die wirtschaftliche Entwicklung, auf insgesamt 94 Punkte gesunken. Zum Vergleich vor einem Jahr (Jahresanfang 2023) lag der Wert, der Lage und Erwartungen der Betriebe wiedergibt, bei 101 Punkten. Er liegt damit auf einem der niedrigsten Stände seit 15 Jahren. Nur im Herbst 2022 war der Index auf dem Höhepunkt der Energiekrise mit 77 Punkten noch niedriger.

Wirtschaftliche Lage stabil: Die Mehrheit der Befragten betrachtet die wirtschaftliche Lage des Unternehmens als stabil. Allerdings steigt die Zahl der Unternehmen, die die aktuelle Situation als schlechter bewerten. Im Januar sehen 20 Prozent der Unternehmen eine Verschlechterung. Das entspricht einem

Konjunkturklima

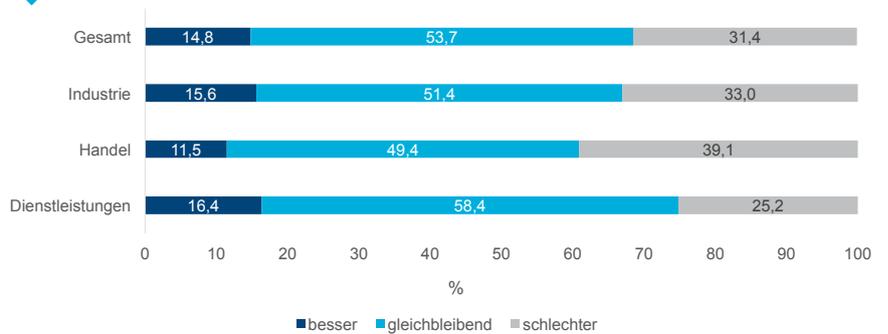


Geschäftslage nach Wirtschaftsbereichen



Anstieg von fünf Prozentpunkten gegenüber der Umfrage vor einem Jahr. Auffälliger als die Bewertung der Geschäftslage ist der Blick in die Zukunft. Gut ein Drittel der Unternehmen blickt pessimistisch auf die Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten. Dies ist eine weitere Eintrübung gegenüber den Ergebnissen der Herbstumfrage. In der Industrie steigt hier der Anteil derer, die sich gute Geschäfte vom neuen Jahr versprechen, von elf Prozent im Herbst auf jetzt gut 16 Prozent.

Geschäftserwartungen nach Wirtschaftsbereichen



Jahresbeginn 2023



Jahresbeginn 2024

58 Prozent sehen wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen als Geschäftsrisiko

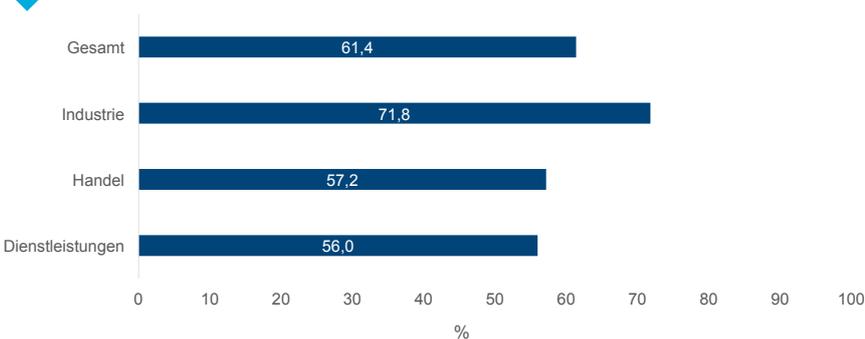
Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung

Die Sorge der Unternehmen um wettbewerbsfähige Energiepreise am Standort Deutschland ist zuletzt wieder angestiegen. Insgesamt nennen 61 Prozent der Betriebe die Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise als geschäftsgefährdend. In der Industrie liegt der Anteil bei 72 Prozent. In der Chemie- und Pharmaindustrie wird das Risiko sogar von allen befragten Unternehmen benannt. Auffällig ist außerdem, dass sich das Finanzierungsrisiko des Sektors

von 13 Prozent im Herbst auf 39 Prozent verdreifacht hat.

Die Krisen der letzten Jahre setzen sich 2024 weiter fort. Einige Risiken haben sich von der konjunkturellen Entwicklung gelöst und sind zu strukturellen Herausforderungen für die Wirtschaft geworden. Das zeigt das über die Jahre gestiegene Niveau der Top-Risiken Fachkräfte, Energie und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, auf jeweils fast 60 Prozent. Die Gefahr, nicht die passenden Fachkräfte für offene Stellen finden zu können, liegt aktuell bei 59 Prozent. Zusätzlich besteht die Sorge vor einer weiter sinkenden Inlandsnachfrage. Die anhaltend hohe Inflation schwächt Konsum und Investitionsverhalten privater wie öffentlicher Haushalte. Der Wirkmechanismus Lohn-Preis-Spirale besteht fort und lässt das Geschäftsrisiko der Arbeitskosten erneut ansteigen auf nun 52 Prozent.

Hohe Energie- und Rohstoffpreise belasten die Wirtschaft



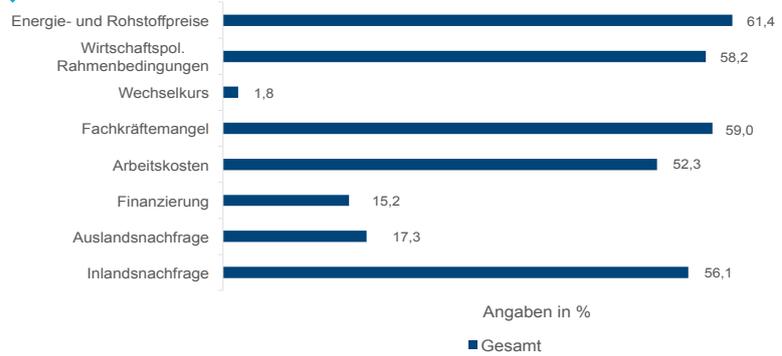
Zum Jahresbeginn 2024 steigt das Risiko der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen auf insgesamt 58 Prozent. Vor

einem Jahr sahen nur rund 44 Prozent der Betriebe im Ruhrgebiet darin ein Geschäftsrisiko. Neben der Energiepolitik der Bundesregierung bereiten den Betrieben immer neue Regeln und Verordnungen Sorgen. Besonders für KMU sind die Kapazitäten, die für bürokratische Prozesse notwendig sind, kaum noch zu stemmen. Der deutsche Wirtschaftsstandort verliert an Attraktivität. Langfristige Investitionszusagen werden immer häufiger für Standorte im Ausland getätigt.

Industrie

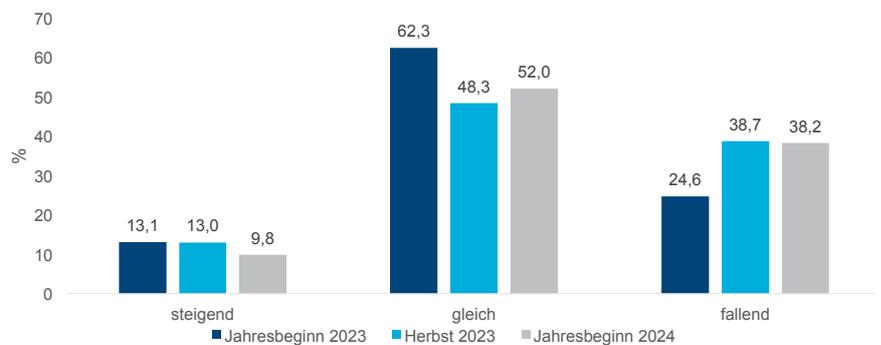
Die Geschäftslage in der Industrie bleibt angespannt. 29 Prozent der Betriebe, die von guten Geschäften berichten, stehen 23 Prozent gegenüber, die sich unzufrieden äußern. Die Auftragseingänge aus dem Inland sind schwach – eine Belebung nicht in Sicht. 38 Prozent der Industrieunternehmen sehen rückläufige Auftragseingänge. Vor einem Jahr zeichnete sich der Trend mit 25 Prozent rückläufigen Inlandsaufträgen schon ab. Jedes dritte Industrieunternehmen korrigiert das inländische Investitionsbudget nach unten: drei von vier Betrieben planen hauptsächlich den Ersatz alter Maschinen. Weniger als jeder dritte Betrieb sieht Mittel für Forschung und Entwicklung vor. Das Risiko der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in der Industrie ist seit der letzten Umfrage sprunghaft von 54 auf 63 Prozent angestiegen. Zudem belasten eine anhaltend hohe Inflation, gestiegene Energie- und Rohstoffkosten und damit einhergehende Finanzierungsschwierigkeiten die befragten Industrieunternehmen. Das Finanzierungsrisiko wird mit 18 Prozent deutlich höher bewertet als noch im Herbst. Die Branche sieht sich mit elf Prozent einer Verdopplung der

Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung

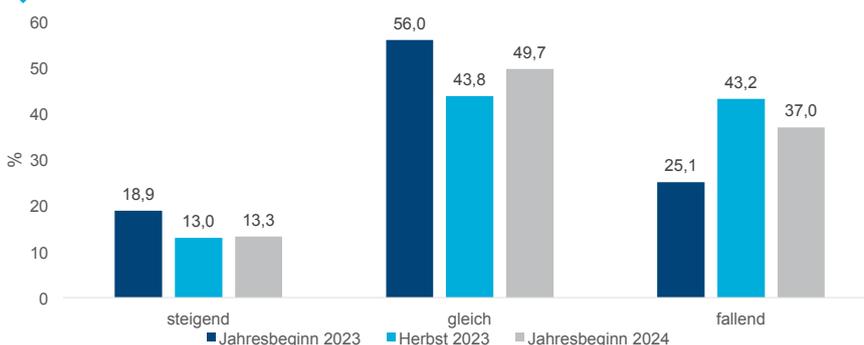


Forderungsausfälle seit Herbst ausgesetzt. Gut zwei Prozent geben in der aktuellen Umfrage eine erhöhte Insolvenzgefahr an. Angesichts der angespannten Finanzlage und fehlenden politischen Impulsen, erwägt etwa jedes fünfte Industrieunternehmen an der Ruhr Stellen zu streichen. Demgegenüber stehen 15 Prozent, die ihr Beschäftigungsniveau erweitern wollen. Das Fachkräftenrisiko sinkt von 62 Prozent im Herbst auf jetzt rund 50 Prozent.

Auftragseingänge - Inland



Auftragseingänge - Ausland



So bewertet die Industrie die Exporterwartungen

Handel

Im Branchenvergleich ist die Stimmung der Handelsbetriebe am schlechtesten. Die Zahl der Händler, die sich zufrieden mit der Lage äußern, sinkt zum Herbst um zwei Punkte auf 18 Prozent. Demgegenüber stehen 26 Prozent, die von schlechten Geschäften berichten. Vor einem Jahr zeigten sich noch gut 30 Prozent zufrieden mit der Situation. Die Zukunftsaussichten trüben sich angesichts einer anhaltend hohen Inflation und sinkendem Konsum ebenfalls weiter ein. Nur jeder Zehnte ist optimistisch für die kommenden zwölf Monate, während 40 Prozent von einer weiteren Verschlech-

terung der Geschäfte ausgeht. Besonders die Antworten der Großhändler besorgen: Mehr als jeder Zweite geht aktuell von Umsatzrückgängen aus. Während noch vor einem Jahr der Einzelhandel das Sorgenkind war, schlagen sich die Preiskämpfe nun vor allem im Großhandel nieder. Die geplanten Inlandsinvestitionen im Handel werden nach unten korrigiert. 34 Prozent der Händler sehen ein geringeres Investitionsbudget vor, als in den vergangenen zwölf Monaten. Zum Jahresbeginn 2023 erwägten nur 23 Prozent einen geschmäleren Mittelleinsatz.

43%
der Logistiker
erwarten in Zukunft
eine schlechtere
Geschäftslage

79%
der Gastronomen
sehen in den gestiegenen
Arbeitskosten
ein Geschäftsrisiko

Dienstleistungen

Im Branchenvergleich steht die Dienstleistungsbranche, was Lage und Erwartungen angeht, am besten da. 30 Prozent geben gut laufende Geschäfte an; lediglich 14 Prozent sind unzufrieden mit der aktuellen Geschäftssituation. Mit Blick auf die nächsten zwölf Monate äußern sich jedoch mehr Dienstleister als noch im Herbst verhalten. 28 Prozent rechnen mit Umsatzeinbußen. Von einer positiven Entwicklung der Geschäfte gehen nur noch 16 Prozent aus. Vor einem Jahre waren dies immerhin noch 19 Prozent. Jeder vierte Dienstleistungsbetrieb rechnet im laufenden Jahr mit einer Verschlechterung seiner Lage. Das größte Risiko sieht die Branche im Fachkräftemangel. Passendes Personal zu gewinnen und zu halten, ordnen inzwischen 67 Prozent der Betriebe als Herausforderung ein. Damit ist diese Einschätzung aller konjunkturellen Flaute zum Trotz zuletzt stetig angestiegen. Neue Maut- und Abgasregelungen belasten die Logistiker. Sieben Prozent sind hier optimistisch, was das Geschäftsjahr 2024 angeht. Gleichzeitig gehen 43 Prozent von

einer Verschlechterung der Lage aus. Die Investitionen in Rationalisierungsmaßnahmen und Kapazitätserweiterungen werden ausgeweitet. Jene in Umweltschutzmaßnahmen wieder mehr hinten angestellt. Der Fachkräftemangel birgt für 68 Prozent Logistikbetriebe ein Risiko. Die seit Jahresbeginn wieder angehobene Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie schlägt sich in den Umsatzprognosen nieder: 30 Prozent rechnen mit geringeren Umsätzen, während 41 Prozent mit höheren Einnahmen kalkulieren. Die Gastronomen sehen kaum andere Wege als eine Umlage der Kosten auf den Kunden. Ob die Rechnung aufgeht, wird sich zeigen: 41 Prozent sehen sich mit einer negativen Geschäftsentwicklung im laufenden Jahr konfrontiert. Die Arbeitskosten treten mit 79 Prozent im Gastgewerbe als Risiko vor den Fachkräftemangel (58 Prozent). Die Zahl der Dienstleister, die von zunehmenden Forderungsausfällen berichten, steigt um fünf Punkte seit dem Herbst auf nun 15 Prozent.

Aktuelle Finanzierungssituation

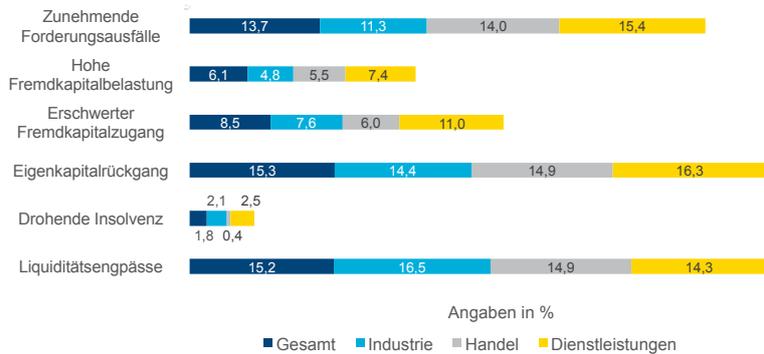
Die Finanzlage der Gesamtheit der Unternehmen bleibt angespannt nach vier Krisenjahren. Die meisten Betriebe stehen jedoch solider da als noch vor einem Jahr. Damals gaben 24 Prozent der Betriebe an, dass die Energiekrise und die hohe Inflation für Liquiditätseingänge gesorgt hatte – in der Logistik sogar 48 Prozent. Von Liquiditätseingängen berichten aktuell rund

15 Prozent aller Befragten. Mit rund 70 Prozent berichtet ein Großteil der Betriebe inzwischen wieder von einer unproblematischen Finanzlage. Am Jahresanfang 2023 waren es mit etwa 60 Prozent rund zehn Prozentpunkte weniger. Wir sehen jedoch einen Anstieg zunehmender Forderungsausfälle in allen Branchen. Meldeten uns dies im Herbst rund zehn Prozent der

Betriebe, sind es heute 14 Prozent. Die Zahl der Eigenkapitalrückgänge ist ebenfalls auf einem unschönen Pfad. Seit dem Jahresbeginn 2023 stieg die Zahl der betroffenen Betriebe von zwölf auf 15 Prozent. Rund zwei Prozent aller Befragten geben eine erhöhte Insolvenzgefahr an. Im Herbst lag der Wert bei einem Prozent und am Jahresanfang 2023 bei drei Prozent.

Beim Blick in die Branchen zeigt sich, dass sich im Vergleich zum Jahresbeginn 2023 besonders die Finanzlage der Dienstleister verbessert hat. Die Liquiditätseingänge wurden damals mit 37 Prozent benannt. Aktuell liegen diese bei rund 14 Prozent. In der Industrie liegt die Insolvenzgefahr mit zwei Prozent höher als im Herbst.

Aktuelle Finanzlage



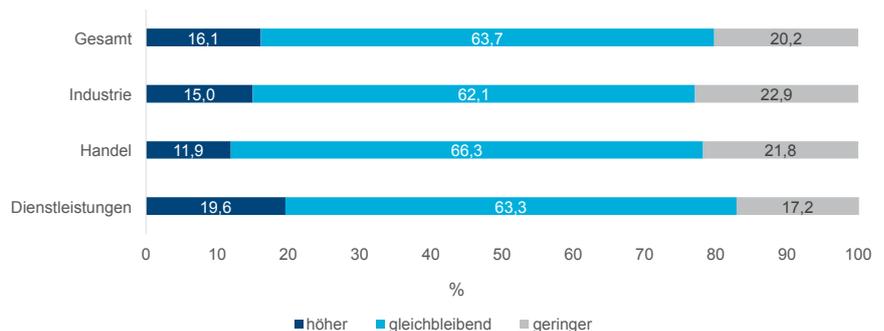
Zukünftige Beschäftigungsabsichten

Unternehmen halten ihre Beschäftigten. Angesichts der Rezession sinkt das geplante Beschäftigungsniveau für das Jahr 2024 leicht. Gesamtwirtschaftlich plant jeder fünfte Betrieb, Stellen abzubauen oder nicht neu zu besetzen. Zum Jahresanfang 2023 erwägen diesen Schritt mit 14 Prozent noch deutlich weniger der befragten Unternehmen. Der Großteil aller Betriebe im Ruhrgebiet beabsichtigt heute, am aktuellen Beschäftigtenstamm festzuhalten. Neueinstellungen planen insgesamt 16 Prozent der Unternehmen. Die meiste Zurückhaltung zeigt sich in Industrie und Handel. Während gut 20 Prozent der Dienstleister neue Stellen besetzen wollen, sind es im Handel nur zwölf und in der Industrie nur 15 Prozent. Im Spannungsfeld aus gestiegenen Kosten, darunter auch Arbeits- und Energiekosten, einer schwachen Nachfrage und fehlenden Impulsen, müssen immer mehr Betriebe abwägen: Neues Personal einstellen in unsicheren Zeiten versus der Gefahr des

Fachkräftemangels, nicht genügend Know-how und Arbeitskraft zu haben, wenn die Auftragsbücher sich wieder füllen.

In Industrie und Handel geben mit 23 beziehungsweise 22 Prozent fast doppelt so viele Betriebe an, den Beschäftigtenstamm zu verringern, als noch vor einem Jahr.

Zukünftige Beschäftigungsabsichten

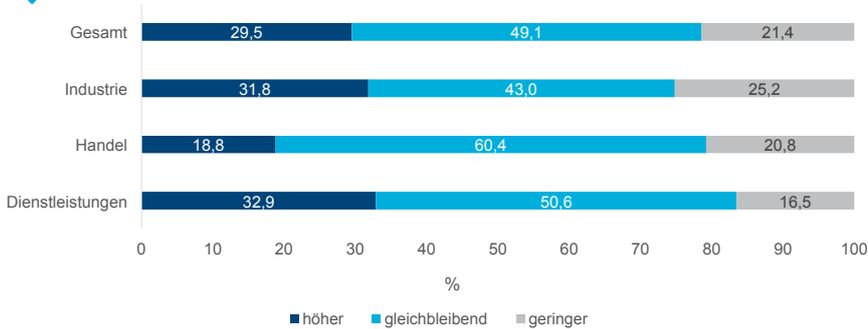


Investitionen im Ausland

Ein besonderes Augenmerk lag bei dieser Konjunkturumfrage auf dem Thema Auslandsinvestitionen. Regelmäßig zum Jahresbeginn werden die Unternehmen im Ruhrgebiet zu ihren Investitionsvorhaben im Ausland befragt. 30 Prozent der Betriebe, und damit zwei Prozentpunkte mehr als im Vorjahr, planen ihre Auslandsinvestitionen auszuweiten. Bei den Industriebetrieben

sind es 32 Prozent. Ihr Anteil zur Vorjahresumfrage ist um vier Prozentpunkte gestiegen. Gleichzeitig stieg auch die Zurückhaltung: 25 Prozent wollen weniger im Ausland investieren. Vor einem Jahr waren es 14 Prozent. 33 Prozent der Dienstleister wollen neue Märkte gewinnen und ihre Budgets aufstocken.

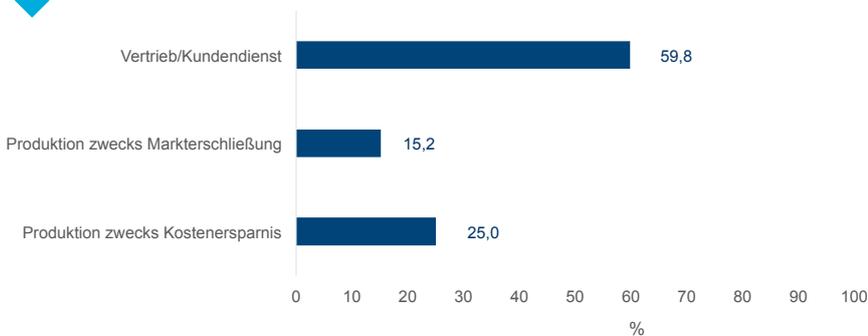
Erwartete Auslandsinvestitionen



Der Handel streicht einen Großteil seiner Auslandsinvestitionen: Im Vorjahr sprachen noch 43 Prozent von höheren Ausgaben. Aktuell sind es nur noch 19 Prozent.

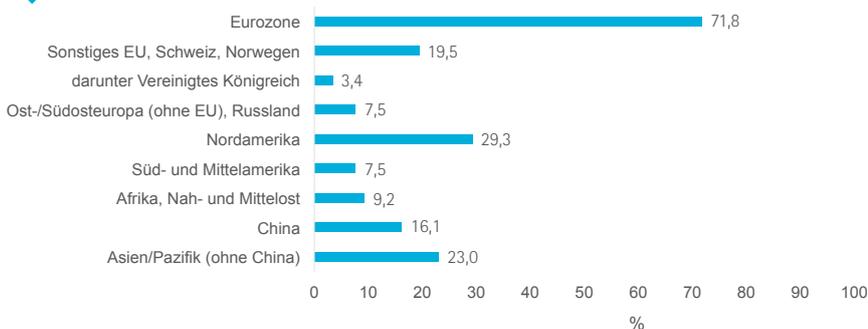
Für jedes vierte Unternehmen dienen die Auslandsinvestitionen dem Zweck der Kostenersparnis; für 60 Prozent bedeuten sie Vertriebswege oder Kundenservices. Für 39 Prozent der Industriebetriebe sind neue Produktionsstätten und Kostenersparnisse das Ziel. Besonders die energieintensiven Zweige der Industrie orientieren sich um. Jeder fünfte Dienstleister gibt an, mit den ausländischen Investitionen auch neue Märkte erschließen zu wollen. Die Händler nutzen die Auslandsinvestitionen zu knapp 80 Prozent für den Vertrieb.

Funktionsschwerpunkt für Auslandsinvestitionen



Die Eurozone hat seit Jahresbeginn 2023 (gesamtwirtschaftlich) als Zielregion an Attraktivität verloren. Von 77 auf 72 Prozent sinkt der Anteil der Betriebe, die Investitionsmittel für die Eurozone vorsehen. Nordamerika steigt in seiner Beliebtheit als Zielregion von 26 auf 29 Prozent an. Der Blick in die Branchen zeigt große Unterschiede: Für die Händler hat China als Zielregion für Investitionen an Relevanz verloren und sinkt von 15 Prozent im Vorjahr auf jetzt neun Prozent. Für die Dienstleister gewinnen sowohl China als auch Nordamerika deutlich an Bedeutung: Zwölf Prozent bzw. 27 Prozent geben an, dort investieren zu wollen. In der Industrie ändert sich verhältnismäßig wenig an den Präferenzen. Beliebteste Zielregion bleibt die Eurozone mit 65 Prozent. Gefolgt von Nordamerika (37 Prozent), Asien/Pazifik (30 Prozent) und China mit 21 Prozent.

Zielregion für Auslandsinvestitionen



Impressum

112. Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet
(IHKs zu Dortmund, zu Duisburg, zu Essen, Mittleres Ruhrgebiet, Nord Westfalen)

Redaktion: Jana Birlenbach, Ocke Hamann, Maike Müble, Kristin Ventur

Herausgeber: Niederrheinische Industrie- und Handelskammer
Duisburg - Wesel - Kleve zu Duisburg
(Federführer 2024)

Niederrheinische Industrie- und Handelskammer
Mercatorstr. 22-24
47051 Duisburg

 www.ihk.de/niederrhein